

# Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

## Humanitäre Krise und fortgesetzte Offensive gegen Taliban

Im Sommer 2014 wurde die Offensive der pakistanischen Armee und Luftwaffe gegen die Taliban in Nordwasiristan fortgesetzt. Nach Medienangaben wurden mehr als 900 Talibankämpfer, darunter viele Usbeken, und 28 Soldaten getötet. Auch die USA setzten die umstrittenen Drohnenangriffe gegen Ziele der Taliban fort. Nach monatelangem Streit zwischen Regierung und Armee hatte sich letztlich die Armee mit ihrer Forderung nach einem militärischen Vorgehen durchgesetzt und ist seit Mitte Juni mit rund 30.000 Kräften im Einsatz. Zuvor hatten Sprecher der *Tehrik-i-Taliban Pakistan* (TTP) mit Vergeltungsschlägen auch gegen Ausländer im Land sowie gegen Premierminister Nawaz Sharif gedroht. Die militärische Offensive hat seit Mitte Juni 2014 rund eine Million Zivilisten aus ihrer Heimat in den so genannten Stammesgebieten vertrieben; etwa 218.000 Menschen flohen über die Grenze nach Afghanistan. Das humanitäre Informationsportal ACAPS berichtet, dass Mitte August 2014 allenfalls die Hälfte der Vertriebenen humanitäre Hilfe erhalten habe. Die Armee lasse keine internationalen Hilfsorganisationen in die Region, lediglich die Arbeit der karitativen Organisation der Dschihadisten ließe sie zu. Die pakistanische Regierung wendete sich dennoch mit einem Hilfesuch an die Vereinten Nationen, woraufhin die Europäische Kommission fünf Millionen Euro und die deutsche Bundesregierung eine Million Euro an zusätzlichen Hilfgeldern zusagten. Anfang August 2014 fehlten den Vereinten Nationen aber noch rund 76,5 Millionen Euro für die geplanten Hilfsleistungen.

## Langanhaltende Proteste gegen Premier Nawaz Sharif

Ab Mitte August 2014 richteten sich vom Oppositionsführer Imran Khan und dem Geistlichen Tahir-ul Qadri angeführte Proteste im Regierungsviertel von Islamabad gegen den 2013 gewählten Premierminister Nawaz Sharif – ihm wird die Manipulation der Parlamentswahlen vorgeworfen. Nach Medienberichten versuchten 8.000 Demonstranten zu seiner Residenz vorzudringen und Sharif zum Rücktritt zu drängen. Nach zunächst friedlichen Protesten eskalierte die Situation Ende August mit mindestens drei toten Demonstranten und mehr als 500 Verletzten. Gegen die Demonstranten wurden mehr als 40.000 Sicher-

heitskräfte eingesetzt. Sie konnten die zwischenzeitliche Besetzung des staatlichen Fernsehsenders PTV jedoch nicht verhindern. Der Sendebetrieb wurde für circa 40 Minuten eingestellt, bis die Armee die Besetzer abgeführt hatte. Insgesamt dauerten die politischen Proteste im Land mehrere Wochen an und hatten auch zu Zusammenstößen mit Sharif-Anhängern geführt. Bei einem Angriff auf einen Konvoi der Demonstranten wurde das Fahrzeug von Imran Khan in der pandschabischen Stadt Gujranwala beschossen, er überstand den Angriff aber unverletzt. Der Pandschab ist die politische Hochburg von Nawaz Sharif. Politische Beobachter sehen jedoch eine politische Schwäche Imran Khans, der zu Beginn – ausgehend von seiner Popularität während des Wahlkampfs im Jahre 2013 – eine sehr viel stärkere Mobilisierung und Unterstützung seiner Proteste erwartet hatte. In seinen täglichen Ansprachen vor dem Regierungsviertel hatte er immer radikalere Forderungen gestellt und neben einem Steuerboykott und dem Rückzug seiner Partei aus der Nationalversammlung auch einen Sturm auf den Regierungssitz angekündigt. Zuletzt verglich er sich gar mit Gandhi und Tariq ibn Ziyad, einem muslimischen General des 18. Jahrhunderts, was viele Anhänger dazu bewegte, sich von ihm abzuwenden. Zudem verlor Imran Khan einen Teil seiner Zuhörer an Muhammad Tahir-ul Qadri, einen in Kanada ansässigen Geistlichen, der die Ablösung der Sharif-Regierung durch eine Regierung von Technokraten fordert. Die übrige Opposition, vor allem die *Pakistan People's Party* (PPP), sowie Teile der Presse haben sich zwischenzeitlich von Imran Khans Agitation sowie von den Forderungen Qadris abgewandt und werfen Khan den gezielten Versuch vor, mit seinen überzogenen Zielen die fragile Demokratie in Pakistan zu gefährden. Die Armeeführung sprach sich Ende August für eine rasche politische Lösung des Konfliktes aus. Beobachter wie die *International Crisis Group* fürchten derzeit keinen Putsch der Armeeführung, auch wenn die Regierung ihr nach Artikel 245 der Verfassung den Schutz der Hauptstadt übertragen hatte. Zuvor hatte Nawaz Sharif Teilen der Armeeführung vorgeworfen, die Proteste zu unterstützen, um Vorwände für eine Intervention der Armee aus Staatsschutzgründen zu erzeugen. Die Position Sharifs gilt mittlerweile als sehr geschwächt, seit er mit der Armee über die Strategie gegen die Taliban, die Verhandlungen mit Indien sowie über ihr Verhältnis zum vorherigen Armeeführer und früheren Präsidenten Musharraf gestritten hatte.

## Kaschmirverhandlungen durch Indien abgebrochen

Mitte August 2014 brach Indien aus Protest gegen mutmaßliche Kontakte des pakistanischen Botschafters zu kaschmirischen Separatisten die im Mai 2014 zwischen den Premierministern Nawaz Sharif und Narendra Modi vereinbarten Kaschmir-Verhandlungen ab. Dieser Absage waren nach Medienberichten Warnungen der indischen Seite gegenüber dem pakistanischen Botschafter vorausgegangen, dass der offizielle Dialog nur mit der Regierung und nicht mit den Separatisten geführt werden dürfe. Indien wirft dem Nachbarstaat vor, die Separatisten mit Waffen und Geldern zu unterstützen.

## Angriffe auf Luftwaffenstützpunkte nahe Quetta

Zwei Stützpunkte der pakistanischen Luftwaffe wurden Mitte August 2014 nahe Quetta von Aufständischen mit Handgranaten und automatischen Waffen angegriffen. Die Angreifer waren mit Sprengstoffwesten bekleidet. Nach unterschiedlichen Medienberichten wurden acht oder zehn Angreifer durch Sicherheitskräfte getötet und die Angriffe abgewehrt. In Belutschistan und seiner Hauptstadt Quetta kämpfen verschiedene separatistische Gruppen für die Autonomie dieser Provinz und attackieren immer wieder pakistanische Sicherheitskräfte oder auch Erdgasinstallationen.

## Textildiscounter Kik lehnt langfristige Wiedergutmachung ab

Rund zwei Jahre nach dem verheerenden Brand in einem Zulieferbetrieb des Textildiscounters Kik im pakistanischen Karatschi scheiterten in Berlin Gespräche über eine Entschädigung der Überlebenden und Hinterbliebenen. Nach Medienberichten verwies das Unternehmen auf die schon geleistete Entschädigung in Höhe von einer Million US-Dollar (circa 772.000 Euro), mehr sei Kik nicht bereit zu zahlen. Weitere Hilfen für die Betroffenen müssten von einer breiten Allianz getragen werden. Ein Anwalt der Opfer sowie Vertreter von Arbeitsrechtsinitiativen sehen Kik in der Mitverantwortung für den Brand und fordern von dem Unternehmen, auf Basis einer im Dezember 2012 geschlossenen Vereinbarung, weitergehende und langfristige wirkende Entschädigungen. Außerdem drohen sie, Kik wegen Vertragsbruchs in Deutschland zu verklagen. Das Fabrikgebäude war nach einem Kurzschluss wegen

unzureichender Brandschutzvorkehrungen am 11. September 2012 abgebrannt. 255 Menschen fanden dabei den Tod.

## IS wirbt in Pakistan um Kämpfer

Die in Syrien und im Irak aktive Extremistengruppe Islamischer Staat (IS) rekrutiert seit kurzem auch in Pakistan ihre Kämpfer. Dabei machen sich IS-Strategen das Machtvakuum innerhalb der pakistanischen Taliban zunutze, nachdem den jüngsten Offensiven in Pakistan zahlreiche Talibanführer zum Opfer gefallen waren und sich einige Gruppen von der TTP abgewendet hatten. Nach Medienberichten haben sich bereits mehrere ehemalige Talibangruppen der IS angeschlossen und teilen deren Ziel, einen „islamischen Staat“ von Indien bis Nordafrika oder gar Spanien zu schaffen.

## Tödliche Schüsse auf Passagierflugzeug beim Landeanflug auf Peschawar

Ende Juni 2014 wurde ein mit 178 Passagieren besetztes Flugzeug der *Pakistan International Airlines* (PIA) beim Landeanflug auf den Flughafen von Peschawar beschossen. Ein weiblicher Passagier wurde durch diese Attacke getötet, mindestens drei Mitglieder der Besatzung verletzt, der Kapitän wurde nur knapp verfehlt. Laut Medienberichten ging kein Bekennerschreiben ein.

## Gefahr für humanitäre Helfer in Afghanistan und Pakistan

Die Angriffe auf Hilfsorganisationen haben im Jahr 2013 einen neuen Höchststand erreicht. Weltweit sind in Konfliktgebieten 155 Mitarbeiter getötet, 171 weitere verletzt und 134 entführt worden. Insgesamt stieg die Zahl der Getöteten um 66 Prozent gegenüber 2012. Allein in Afghanistan gab es 81 Todesfälle. Die gefährlichsten Länder für Hilfsorganisationen waren nach Angaben der Vereinten Nationen Afghanistan, Syrien, der Südsudan, der Sudan und Pakistan. Die Situation blieb auch im Jahr 2014 gefährlich: zwischen Januar und August gab es bereits 79 Tote. Im selben Zeitraum wurden in Pakistan 60 Angriffe auf humanitäre Helfer gezählt, dabei wurden 31 Helfer getötet, zehn verletzt und 19 entführt; 70 Prozent der Angriffe galten Polio-Impfteams. Der UN-Sicherheitsrat beschäftigte sich anlässlich des Welttags der Humanitären Hilfe mit der steigenden Zahl von Angriffen. Er erinnerte an den Angriff auf das UN-Hauptquartier in Bagdad 2003, bei dem 22 UN-Mitarbeiter starben, unter ihnen der Sondergesandte Sergio Vieira de Mello.